

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: BAG WHT
Beschlussdatum: 17.04.2021

Änderungsantrag zu PB.B-01

Von Zeile 314 bis 321:

Politisches Handeln in der geistigen Tradition der Aufklärung sowie die Orientierung an den Erkenntnissen der Wissenschaft stehen immer stärker unter Druck, auch in Deutschland. ~~Doch es braucht freie Wissenschaft, um mit Erkenntnis und Innovation gesellschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und Menschheitsprobleme zu lösen. Wir wollen weltweit verfolgte Wissenschaftler*innen und Studierende besser schützen, etwa durch einen europäischen Fonds. Es muss wirksamen Schutz gegen Anfeindungen geben, wie sie mittlerweile auch Forscher*innen und auch ausländische Studierende häufig erleben. Wir wollen weltweit verfolgte Wissenschaftler*innen und Studierende besser schützen, etwa durch einen europäischen Fonds. Ein kritischer Diskurs und eine Vielfalt an Meinungen innerhalb der Hochschulen und der Wissenschaft sind Voraussetzung für eine demokratische, pluralistische Gesellschaft und durch das Grundgesetz geschützt. In Zeiten zunehmender Polarisierung gesellschaftlicher Debatten sind wir auf die Wissenschaft als sachlich-rationalen Diskursraum angewiesen. Auch kontroverse Themen und Fragen müssen in diesem Raum konstruktiv erörtert werden können. Als wissenschaftspolitischer Akteur, der Maßnahmen zur Gewährleistung der Wissenschaftsfreiheit ergreift, konzentrieren wir uns auf strukturell-organisatorische Maßnahmen, die es der Wissenschaft ermöglichen, diesen Diskursraum selbst zu organisieren und Inhalte frei zu bestimmen. Gleichzeitig ist es unsere Aufgabe, Angriffen auf die Wissenschaft von außen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Solche Angriffe von wissenschaftsfeindlichen Akteuren betreffen nicht nur, aber insbesondere, Klimaforscher*innen, Virolog*innen und Genderforscher*innen. Auch Studierende, die marginalisierten Gruppen angehören, sehen sich zunehmend Angriffen aus rechten Netzwerken ausgesetzt. Als Antwort auf solche Anfeindungen muss es wirksamen Schutz und politische Solidarität geben. Die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und die Visavergabe sollen vereinfacht werden. Konsequenz werden wir~~

Begründung

In der bisherigen Fassung thematisiert das Kapitel ausschließlich Wissenschaftsfreiheit im Ausland. Der Schutz der Wissenschaftsfreiheit ist aber auch in Deutschland von großer Bedeutung, auch hier geraten Wissenschaftler*innen unter Druck. Wir möchten daher festhalten, dass wir uns auch für den Schutz der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland stark machen. Zudem benennen wir die Bedeutung, die einem reflektierten Umgang mit der eigenen Rolle als wissenschaftspolitischem Akteur zu Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung zukommt. Dies sendet ein wichtiges Signal an die Gemeinschaft der Wissenschaftler*innen und an die Gesellschaft.